

Blätter für deutsche und internationale Politik

**Amerika vor der
letzten Wahl?**
Michael Tomasky

**Den großen
Krieg verhindern**
Steffen Vogel

Russlands Weg zur Kriegsgesellschaft
Sebastian Hoppe

**Israel hat meine Familie getötet,
aber nicht meine Hoffnung**
Ahmed Fouad Alkhatib

Kunsthfreiheit und Antisemitismus
Meron Mendel

Plastik als globale Gefahr
Simone Schindwein

Klimaschutz und fossile Geschäfte
Susanne Götze

Der postmoderne Konservatismus
Reinhard Olschanski



Claus Leggewie

Erheben wir Einspruch – gegen den Rechtsruck!

Die Undercover-Recherche von Correctiv hat öffentlich gemacht, was im Grunde keine Neuigkeit ist: Im einschlägig bekannten Landhotel Adlon in Potsdam trafen radikale Rechte und AfD-Funktionäre ältere rechtskonservative Bürger, die es zu Geld und Einfluss gebracht haben, um nichts weniger als die Finanzierung und mediale Inszenierung eines künftigen Staatsstreiches zu besprechen. Dabei lauschten sie dem Plan des identitären „Meisterdenkers“ Martin Sellner, unliebsame Migranten mit oder ohne deutschen Pass außer Landes zu schaffen. Sellners gerade erschienene Anleitung zum „Regime Change von rechts“ bewirbt der Antaios Verlag in typischer Verschwurbelung, indem er behauptet, noch nie sei „rechts der Mitte so planmäßig und professionell über Chance, Durchhaltevermögen, Bündelung und Zusammenspiel der Kräfte nachgedacht worden“; Sellner formuliere „Verhaltenslehren, die sich jeder aneignen sollte, der sich ernsthaft am Kampf um die gute Zukunft unseres Landes beteiligen möchte“.

Vor allem das unverblümete Programm ethnischer Säuberung hat viele geschockt. Dabei hat der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke bereits 2018 Ähnliches in einem Gespräch, das auch publiziert wurde, weit drastischer formuliert.¹ Ihm ging es nicht nur um die mit „wohltemperierter Grausamkeit“ vorgenommene Ausweisung von vermeintlichen Fremden, sondern man würde auch „leider ein paar germanische Volksteile verlieren, die zu

schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen“. Den Aufstieg des hessischen Studienrats zum Umfragekönig der AfD hat das nicht behindert.

Derlei Kontakte und Redereien sind keine Einzelfälle: Parteichefin Alice Weidel dinierte in Cannes mit einem deutschen Molkereieinhaber, der schon für die REPs die Spenderhosen angezogen hatte. Ihr langjähriger Adlatus, ehemals Chefsyndikus des Bayer-Konzerns und nun begeisterter Sellner-Leser, war im Adlon dabei. Auch Alexander Gaulands rechtslastige Schlossbesuche in Mecklenburg sind Legion.

Warum aber treffen sich Vertreter des gehobenen Bürgertums mit bekennenden Faschisten? Bindeglied ist die Verschwörungstheorie der Neuen Rechten vom „Großen Bevölkerungsaustausch“, die hinter dem Kampfbegriff Remigration steckt, der auf jeder Demonstration der AfD skandiert wird und auch im Wahlprogramm der Partei steht. Ihr Kern ist die angebliche Absicht der Regierungen Merkel bis Scholz, arglose Bio-Deutsche systematisch durch „farbige“ Migranten und Muslime auszutauschen. So ähnlich denkt übrigens ein beachtlicher Teil der Bevölkerung – nicht nur in Deutschland. Die toxische Mär vom „Großen Austausch“ brachte Donald Trump 2016 an die Macht, sie grassiert in vielen europäischen Ländern von Ungarn bis Frankreich, wo sie ein kauzig wirkender Intellektueller einst erfunden hat.²

1 Jan Petter, Rechtsextreme in der AfD. So sprechen „Flügel“-Anführer Höcke und seine Leute, [spiegel.de](https://www.spiegel.de), 12.3.2020.

2 Claus Leggewie, Die Mär vom Großen Austausch, in: „Merkur“, 10/2022, S. 59-67.

Dass das jetzt dank Correctiv so klar herauskommt, ist ausgesprochen positiv, da man die AfD seit ihrer Gründung 2013 permanent unterschätzt und als „Populisten“ verharmlost hat, obwohl die Radikalisierung stets absehbar war.³ Nehmen wir die Partei also beim Wort: Das ist es, was ihr wollt: unliebsame Volksteile deportieren? Wir aber wollen das nicht und stellen uns entschieden dagegen. Wir gegen euch. Manche meinen immer noch, man dürfe die AfD nicht größer und bedeutender machen, als sie ist, und einer wirren Minderheit kein mediales Spektakel bieten. Das Problem ist nur: Bisher merkte man landauf, landab wenig davon, dass noch immer 80 Prozent der Wähler demokratische Parteien wählen – und die AfD in fast allen Politikfeldern miserable Kompetenzwerte zugesprochen bekommt. Warum traktieren wir dann aber ununterbrochen das AfD-Megathema Migration, nebenbei das einzige, was die Partei-Flügel zusammenhält? Und warum stoßen die bürgerliche Opposition und selbst Teile der Ampelregierung ins gleiche Horn? Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz ist sprachlich von der AfD-Rhetorik oft nicht weit entfernt, und Olaf Scholz darf sich nicht beklagen, wenn sein vermeintliches Machtwort „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“ das „Spiegel“-Cover zierte und seither in den sozialen Medien der AfD kursiert. Notabene: Wer ist „wir“? Was meint „endlich“? Wie viel ist „im großen Stil“?

Verhängnisvoll ist auch die Übereinstimmung zwischen AfD, Union und Teilen der FDP, wenn sie die Grünen zu ihrem Hauptgegner erklären. Diese leider überaus populäre Attacke⁴,

3 Claus Leggewie, Karl-Rudolf Korte und Marcel Lewandowsky, Partei am Scheideweg: Die Alternative der AfD, in: „Blätter“, 6/2015, S. 59-67.

4 Zum Beispiel bei Andreas Rödder: Das Ende der grünen Hegemonie, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 12.1.2024. Vgl. dazu auch den Text von Reinhard Olschanski in dieser Ausgabe.

wie auch die mut- und kraftlosen Reverenzen an die Wut der Straße bei den Bauernprotesten, belegen nur die Orientierungslosigkeit des Parteikonserwatismus. Ganz Europa redet derzeit über seine Migrationsfurcht und propagiert großspurig Maßnahmen, die so undurchführbar sind wie das Ruanda-Projekt Großbritanniens. Europa verkauft seine Seele teuer an Diktatoren in der Türkei und in Tunesien, um sich Migranten vom Hals zu halten. Auch das wird nicht funktionieren und die Enttäuschung noch vergrößern – womit die AfD erneut gewinnen dürfte. Wer vollmundig die „Lösung der Migrationsfrage“ postuliert, muss konkret ausführen, wie das legal, humanitär und praktisch geschehen soll. Und wer „ideologiegetriebene Multikulti-Fanfanten“ beschimpft, die angeblich die „Wirklichkeit“ verkennen, dem sei eine Einführung in die wirkliche Weltgesellschaft angeraten, welche die provinzielle Beschränktheit der AfD ans Licht bringt. Ja, Migration schafft Probleme, aber vor allem verschärft sie soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die unsere Gesellschaften ganz ohne Einwanderung aufweisen.

Ächtung statt Verbot der AfD

Das zentrale Problem ist, dass Gegner der AfD keinen Themenwechsel hinbekommen. Und der Aufstand gegen immer ungenierter auftretende Rechte blieb viel zu lange aus. Jetzt aber muss das demokratische Bürgertum Farbe bekennen und klar machen: Nein, Figuren, die gezielt auf Baisse spekulieren und Deutschland nicht retten, sondern ruinieren werden, werden die Europawahl *nicht* gewinnen. Nein, ihr werdet im Herbst die drei ostdeutschen Bundesländer *nicht* erobern, weil wir uns dagegenstellen und als Zivilgesellschaft dagegen mobilisieren.

Die jüngsten spontanen und massenhaften Proteste in Potsdam, Hamburg, Köln und andernorts dürfen daher

keine Eintagsfliegen bleiben. Dass nun erneut die Verbotsdiskussion über die AfD anhebt, ist dagegen wenig hilfreich. Gewiss hätte man – nach den Enthüllungen von Correctiv – noch mehr „Beweise“, dass die AfD verfassungswidrig ist. Ein Verbotsantrag würde aber die Rechtsverschiebung der gesamten Gesellschaft nicht korrigieren. Tatsache ist doch, dass mehr und mehr Wähler die Partei nicht trotz, sondern genau wegen der Forderung nach Deportation wählen wollen oder ihr gar beitreten – und nicht „aus Protest“. Das ist das Kernproblem und dem kommt man mit einem Verbot nicht bei.

Hinzu kommt: Ein Verbotsverfahren – wenn es denn vom Bundesverfassungsgericht nach der Erfahrung mit dem NPD-Verbotsverfahren⁵ überhaupt angenommen würde – würde Jahre dauern, das heißt, wir hätten das Problem am aktuellen Kippunkt nicht „vom Hals“. Und die AfD würde sich bei den kommenden Wahlen als verfolgte Unschuld verkaufen, als den politischen Mitbewerber, der von der Konkurrenz mit windigen juristischen Maßnahmen aus dem Feld geschlagen werden soll.

Nein, die AfD muss man mit heißem Herzen und kalter Vernunft bekämpfen, indem man sie politisch ächtet. Die Streitereien, die seit Monaten zwischen Union, Opposition und Ampelkoalition stattfinden und die AfD permanent stärken, müssen ein Ende haben. Zum Glück hat dies der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) offensichtlich erkannt, wenn er jetzt ein Bündnis aller demokratischen Parteien gegen die AfD fordert.

Das heißt nicht nur, sich klar darüber zu werden, was man gemeinsam gegen diese Rechtsentwicklung in Deutschland tun kann, sondern auch und vor allen Dingen: Was sind die drängen-

den Zukunftsthemen? Ein reinrassiges Deutschland wird Dürre und Überflutungen sicher nicht beseitigen. Das heißt, wir haben Wichtigeres zu tun – auch europapolitisch –, als uns permanent auf die monothematische AfD einzulassen und uns so von dieser Partei treiben zu lassen. Der heute erforderliche Weg – anstelle eines langwierigen Verbotsverfahrens – ist tatsächlich eine Massenmobilisierung gegen diese Partei und ihre offenen und heimlichen Sympathisanten.

Kippt ganz Europa?

Doch das demokratische Deutschland hat lange weggeschaut. Viel zu lange war nichts von einer großen Mobilisierung zu spüren. Alle waren mit ihren eigenen, privaten Dingen beschäftigt und haben offenbar nicht begriffen, was gerade läuft. Dabei sind nicht erst die drei Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern im Herbst eminent wichtig, sondern bereits die Wahl zum EU-Parlament im Juni. Ganz Europa kippt, wenn dieses Parlament kippt. Doch den meisten gelten gerade die Europawahlen noch immer als eine Art Nebenwahl, als Nebensache, zu der man gar nicht erst hingehen muss. Derweil mobilisiert die AfD ihr Potenzial massiv – und übrigens auch Frau Wagenknecht mit ihrem neuen Bündnis. Aber in der bürgerlichen, gerade auch eher konservativen Öffentlichkeit – also bei CDU/CSU und auch bei der FDP – ist keine wirkliche Entschlossenheit zu sehen, sich mit allen Kräften gegen die Neue Rechte aufzulehnen. Im Gegenteil: Der Union droht das Schicksal anderer konservativer und christdemokratischer Parteien in Europa, die von den Ultrarechten kannibalisiert und aufgesogen wurden. Gleichzeitig erkennt man bei der Ampelkoalition kein wirkliches Europa-Programm, eher eine bräsige Fantasielosigkeit.

Kurzum: Im parteipolitischen Spektrum liegt ganz vieles im Argen, aber

5 Die Argumente gegen das NPD-Verbotsverfahren gelten ceteris paribus weiterhin: Claus Leggewie und Horst Meier, Wer vom Parteiverbot spricht, darf über die Freiheit nicht schweigen, in: FAZ, 12.12.2012.

auch einiges in der sogenannten Zivilgesellschaft. Noch vor drei Jahrzehnten wurden nach den rechtsradikalen Brandanschlägen und Morden von Solingen, Mölln und Hoyerswerda überall Lichterketten-Proteste organisiert, an denen sich Hunderttausende beteiligten. Erinnern muss man auch an die Lage vor der Bundestagswahl 1980, als das ganze linksbürgerliche Lager mit „Stoppt-Strauß“-Ansteckbuttons und vielem mehr gegen den reaktionären CSU-Chef und baye-rischen Ministerpräsidenten mobil-machte. Etwas Ähnliches kann sich jetzt wiederholen.

Mehr Mut zu politischer Fantasie

Allerdings ist heute die Lage weit dramatischer. Deshalb muss, wie CDU-Mitglied Michel Friedman eindringlich fordert, eine starke gesellschaftliche Reaktion kommen, auch am Arbeitsplatz, in den Familien, in den Vereinen.

Gegen das frivole Gerede von Deportation und dem „Großen Bevölkerungsaustausch“ muss man sich wehren. Dort gilt es, den Kampf mit Argumenten aufzunehmen. Nicht zu schweigen in Vereinen, in denen ein Mitglied vom Leder zieht. In Familien, in denen der eine Onkel und die andere Tante eine Protestwahl erwägt. Am Arbeitsplatz, wo Kollegen aufgestauten Frust raushauen. Da muss man sich die Mühe machen, Argumente zu zerpfücken und deutlich zu sagen: Das, was ihr im Geiste der AfD vorschlagt, ist unmenschlich und politisch-pragmatisch unrealisierbar. Wenn diese Auseinandersetzung auch in der Zivilgesellschaft endlich stattfindet, sollte es allemal möglich sein, die Minderheitspartei AfD in die Schranken zu weisen. Das Unsägliche muss wieder unsagbar werden.

Gewiss, hartgesottene AfD-Anhänger werden wir nicht vom Gegenteil überzeugen. Worauf es heute ankommt, ist, die Zögerlichen – gerade unter den

Tausenden von Nichtwählern – davon abzuhalten, sich auch noch dieser Partei zuzuwenden. Es gilt, um die vermeintlich „Bürgerlichen“ zu kämpfen, bei denen, wie mir ein CDU-Mann unter dem Siegel der Verschwiegenheit erzählt hat, sich allein in der Bundestagsfraktion 30 oder 40 Personen befinden, die „notfalls“ mit der AfD koalieren würden. Der Notfall ist der eigene Mandatsverlust und der Fall ist der eigene Opportunismus. An dieser Stelle muss die Brandmauer wirklich hochgezogen werden.

Und man muss eine attraktive politische Alternative formulieren. Ja, die Migration ist eine starke Belastung im Moment. Aber sie ist nicht das alles überragende Hauptproblem. Wir müssen vor allem eine nachhaltige und soziale Zukunft für unsere Kinder und Enkel bauen, damit sie noch eine lebenswerte Welt haben. Das betrifft nicht „nur“ das Klimaproblem und das Artensterben, sondern auch die großen Fragen: Wie wollen wir in der Zukunft arbeiten? Wie wohnen? Wie werden wir uns bewegen? Und ernähren?

Das sind alles Fragen, die enorm anspruchsvoll sind und die man zu einem Projekt ausbauen könnte und müsste, das längst das grün-alternative Milieu übersteigt. Genauso muss heute der Protest das antifaschistische Milieu mit seinen rhetorischen Übertreibungen eines „neuen ‘33“ und unpassenden Analogien des Potsdamer Treffens mit der historischen Wannseekonferenz übersteigen.

Gewiss, die erste Auflehnung „nach Potsdam“ war ermutigend. Doch erinnern wir uns an das „Ibiza-Video“ in Österreich: Die FPÖ schien tief getroffen, ihr blamierter Vorsitzender und Vizekanzler Heinz-Christian Strache musste gehen – und heute ist sein ultrarechter Nachfolger Herbert Kickl Umfragekönig und sieht sich schon als nächster „Volkskanzler“. Sein zentrales Thema: Remigration. Deswegen: Widerstand und politische Fantasie sind jetzt geboten!